



Im Lichte der Midterm Elections:

## Die „Tea-Party-Bewegung“ in den Vereinigten Staaten

„Tea Party“ – dieser Begriff taucht in den innenpolitischen Schlagzeilen der Vereinigten Staaten derzeit häufig auf. Allein das ist ungewöhnlich, denn nur selten gelingt es politischen Kräften, die jenseits von Demokraten oder Republikanern angesiedelt sind, ein hohes Maß an medialer Aufmerksamkeit zu erhaschen. Amerikaner, die mit der Geschichte ihres Landes vertraut sind, verbinden die Stadt Boston mit der [historischen „Tea Party“](#) von 1773. Die Siedler der neuen Welt lehnten sich gegen die Steuerpläne der britischen Kolonialherren auf. Aus Protest warfen sie Teeladungen der *East India Trading Company* ins Hafenbecken. Der 16. Dezember 1773 stellt einen entscheidenden Schritt auf dem Weg zur amerikanischen Unabhängigkeit dar. Heute steht der Terminus „TEA“ für „Tax Enough Already“. Die gierigen Unterdrücker sitzen für die Aktivist/innen nicht in London, sondern in Washington; die Demokraten sind die britischen Rotröcke und Präsident Obama ist King George.

Die diffuse Graswurzelbewegung trat bald nach dem Amtsantritt Barack Obamas im Januar 2009 und der Verabschiedung des milliardenschweren Konjunkturprogramms [erstmals in Erscheinung](#). Regional formierten sich kleinere Protestgruppen, die so genannte „Tea Party Events“ organisierten, um ihrem Unmut gegenüber den Rettungsaktionen für Banken und Wirtschaft sowie der nunmehr verabschiedeten Gesundheitsreform Ausdruck zu verleihen. Ein klares Feindbild wurde aufgebaut: das viel zu ausgabenfreudige, dem Volk entfremdete Washington – Republikaner wie Demokraten. Zunächst waren die Aktionen lokal begrenzt und spontan organisiert, doch bald sorgte das Internet dafür, dass sich die Gruppen austauschten und einander bestärkten in ihrem Ärger über einen Staat, der seine Grenzen übertritt. Nach ihrem Verständnis sollte sich dieser auf das Unvermeidliche beschränken: den Schutz der inneren Ordnung und die Verteidigung des Staatswesens nach außen.

Die Bewegung ist ein höchst [heterogener Schmelztiegel](#).<sup>1</sup> Es existiert keine nationale Führungsstruktur, da sich der Zusammenschluss nicht als Partei begreift. Die Protestbewegung müsste ein Fluch für die derzeitige Mehrheitspartei der Demokraten und ein Segen für die oppositionellen Republikaner sein. Doch diese eindimensionale Denkweise würde zu falschen Schlussfolgerungen führen.

Einfluss und Macht der Tea-Party-Bewegung sind nur schwer quantifizierbar. Doch die Ereignisse der Senatsnachwahlen in Massachusetts haben erneut gezeigt, dass die Aktivist/innen durchaus willens und in der Lage sind, die politische Landschaft zu beeinflussen. Mit Erfolg wurde Scott Brown unterstützt – Kandidat der Republikaner für den frei gewordenen Senatsitz in Folge von Ted Kennedys Tod. Dieser Wahlsieg glich einem politischen Erdbeben,<sup>2</sup> das erhebliche Konsequenzen auf das Machtgefüge in Washington hatte. Das Kräfteverhältnis zwischen Demokraten und Republikanern im Senat veränderte sich von 60:40 auf 59:41. Was auf den ersten Blick nach einer geringfügigen Verschiebung aussieht, erweist sich vor dem Hintergrund des „[Filibusters](#)“ als Verlust der strategisch wichtigen Mehrheit der Demokraten. So besteht für die Republikaner nun die Möglichkeit, Legislativvorhaben der Demokraten durch lange Redezeiten hinauszuzögern oder gar ganz zu blockieren.

Leidvolle Erfahrungen haben aber auch die Republikaner machen müssen: Bei den Nachwahlen am 3. November 2009 im *23rd Congressional District* von New York konnte sich Bill Owens, Kandidat der Demokraten für das Repräsentantenhaus, durchsetzen und das – so paradox es klingen mag – dank der Hilfe der „Tea Partiers“. Diese spalteten das konservative Lager, da der Kandidat der *Conservative Party of New York State*,<sup>3</sup> Doug Hoffman, unterstützt wurde. Die Republikanerin Dede Scozzafava erschien den Aktivist/innen als zu liberal und moderat. Selbst dem Senatsveteranen John McCain steht in Arizona eine harte Auseinandersetzung mit seinem Herausforderer John Hayworth bevor. Dieser wird von den Tea Partiers unterstützt und wirft McCain vor, „[linke Kumpel](#)“ in Washington zu haben, sich wie Al Gore für den Klimaschutz einzusetzen und für Obamas Konjunkturpaket gestimmt zu haben. Im Lichte der im November

---

<sup>1</sup> An der Basis bestehen in sämtlichen US-Bundesstaaten hunderte von unabhängigen und autonom agierenden „Tea Party Groups“, die sich in ihrer Größe und hinsichtlich der Inhalte stark unterscheiden. Sie stellen eine Mischung aus Bürgerinnen und Bürgern mit berechtigten Sorgen und kruden Verschwörungstheorien dar.

<sup>2</sup> Seit 1953 war der Sitz in demokratischer Hand – 1953-1960 besetzt von John F. Kennedy und 1962-2009 von Edward M. „Ted“ Kennedy.

<sup>3</sup> Bei der *Conservative Party of New York State* handelt es sich um eine Regionalpartei, die 1962 gegründet wurde. Ihre Aktivitäten sind lokal begrenzt.

2010 anstehenden *Midterm Elections* sowie der beschriebenen Einflussmöglichkeiten gewinnt die Bewegung derzeit an Bedeutung.

Den richtigen Umgang mit den Tea Parties zu finden, gleicht für die Republikaner der Quadratur des Kreises. Die Partei hat ein zwiespältiges Verhältnis zu den Aktivist/innen: Einerseits ist man enthusiastisch angesichts des Protests gegenüber der Obama-Administration. Andererseits betrachten viele Anhänger die Bewegung mit Sorge, da sie sich kaum beeinflussen lässt und Konkurrenz im eigenen Lager befürchtet wird. Am 16. Februar 2010 kam es in Washington zu einem ersten Treffen zwischen 50 regionalen Vertreter/innen der Bewegung und führenden Politiker/innen der „Grand Old Party“ (GOP).<sup>4</sup> [Karin Hoffman](#), die Gründerin von „DC Works For Us“, einer Tea-Party-Vereinigung im Süden Floridas, berichtete im Anschluss an das Treffen vom „*beginning of a relationship*“. Wie vorsichtig und unsicher jedoch die Republikaner sind, lässt sich daran ablesen, dass es keine gemeinsame öffentliche Erklärung im Anschluss an das Treffen gab.

Im Rahmen der diesjährigen *Conservative Political Action Conference* (CPAC) diskutierten die Republikaner weiter über den Umgang mit der Bewegung. *House Minority-Leader* [John Boehner](#) (R-Ohio) warnte seine Parteikollegen davor, eine führende Rolle innerhalb der Bewegung einzunehmen: „*The Republican Party should not attempt to co-opt the tea parties. (...) I think it's the dumbest thing in the world*“. Eine gegensätzliche Auffassung vertritt der GOP-Hoffnungsträger aus Florida [Marco Rubio](#), der forderte: „*We hope the Republican Party is home of that movement and that's what we are working toward making sure that it is.*“

Sarah Palin ist die einzige einflussreiche Republikanerin, die kaum eine Gelegenheit auslässt, sich als Unterstützerin der Bewegung zu präsentieren. Ihr Auftritt bei der vom 4. bis 6. Februar 2010 in Nashville/Tennessee abgehaltenen „Tea Party Convention“ machte die erste überregionale Zusammenkunft der Aktivist/innen zu einem medialen Event. Inhaltlich brachte [Palins Rede](#) nicht viel zu Tage, rhetorisch traf sie aber den Nerv der Anwesenden. Sie rief der Menge zu: „*America is ready for another revolution!*“ und prophezeite der Bewegung eine glorreiche Zukunft.

---

<sup>4</sup> Die Bezeichnung „Grand Old Party“ oder „GOP“ ist ein traditioneller Beiname der Republikanischen Partei (obwohl diese die jüngere der beiden US-amerikanischen Hauptparteien ist).

So hitzig die Debatten über den Umgang mit der Bewegung bei den Republikanern geführt werden, so still ist es in den Reihen der Demokraten. Bisher hat sich kein führender Politiker zu einem Statement hinreißen lassen. Obwohl sich der Protest gegen die Politik der Obama-Administration richtet, betrachten die Demokraten die Bewegung primär als Problem der politischen Konkurrenz. In einem eindimensionalen Links-Rechts-Spektrum lässt sich die Bewegung in der Nähe des rechten Pols verorten und befindet sich daher in Konkurrenz zu den Republikanern, die ebenfalls im konservativen Lager auf Stimmenfang gehen. Im Hinblick auf die Kongresswahlen startete das *Democratic Congressional Campaign Committee* (DCCC) kürzlich eine Kampagne mit dem Titel „*Palin’s Primaries*“, da die heimliche Heldin der Tea-Party-Bewegung erklärt hat, sich aktiv in die *House Republican Primaries* einzumischen. Mit dieser Kampagne sollen erstens die tiefen innerparteilichen Gräben bei den Republikanern aufgezeigt werden; zweitens soll den Wähler/innen vor Augen geführt werden, welche negativen Implikationen<sup>5</sup> die Kandidatur eines „Tea Partiers“ hat; und drittens verfolgt das DCCC das Ziel, die Republikanerin Palin als Galionsfigur der Bewegung herauszustellen, so dass sich ihre Unbeliebtheit<sup>6</sup> bei demokratischen und unabhängigen Wähler/innen auch auf die Wahlergebnisse der Republikaner niederschlägt.

Niemand kann voraussagen, wie lange diese Bewegung halten und wie dauerhaft ihr Erfolg sein wird. Ungewiss ist auch, in wie weit sich die Republikaner der Tea Party oder die Tea Party der Republikaner bemächtigen werden. Beide Seiten sind angesichts einer eventuellen Zusammenarbeit gespalten, jeder will den anderen als Steigbügelhalter missbrauchen. Trotz aller Unwägbarkeiten steht jedoch fest: Im Augenblick fordern die Tea-Party-Patrioten Demokraten wie Republikaner heraus. Sie haben bewiesen, dass ihr Populismus durchaus eine gewisse Kraft entfalten kann: Im vergangenen September brachten sie Zehntausende von Demonstrant/innen nach Washington, in Massachusetts beendeten sie die Dominanz der Demokraten und mit ihrem Protest gegen moderate wie etablierte Republikaner erhöhen sie die politischen Kosten bei

---

<sup>5</sup> McCain hat die Anschuldigungen seines Herausforderers Hayworth nicht unkommentiert hingenommen. Da er um seinen Senatsitz fürchtet, hat er populistische Forderungen, die bei konservativen Wähler/innen vermeintlich ankommen, adaptiert. McCain, der Mann der Mitte, ist nach rechts gerückt: Guantánamo will er nun doch nicht schließen. Klimawandel ist nicht mehr so wichtig. Das Konjunkturpaket des Präsidenten, für das er im Senat gestimmt hat, lehnt er nun ab. Und der Senator aus Arizona ist nicht der einzige Republikaner, der sich von Tea-Party-Kandidaten treiben lässt.

<sup>6</sup> In einer [Umfrage](#) der Washington Post in Kooperation mit ABC News, deren Ergebnisse am 11. Februar 2010 veröffentlicht wurden, wurde Sarah Palin von 70 Prozent der Befragten attestiert, „unqualifiziert“ für das Präsidentenamt zu sein – zehn Prozentpunkte mehr als noch im November 2009.

Kompromissbereitschaft. Ob sie den Republikanern den entscheidenden Vorteil für die *Midterm Elections* verschaffen, ist daher fraglich. Die Gefahr, ihnen mehr zu schaden als zu nutzen ist von nicht zu unterschätzender Bedeutung. Die heterogene Bewegung spricht mit vielen Stimmen und bewegt sich teilweise in realitätsfernen Sphären. Darüber hinaus könnte der angesprochene [Rechtsruck](#) unter den Republikanern auch zu deren Problem werden – die GOP droht zur Partei der Verweigerer und Neinsager zu werden.

Sollte es allerdings gelingen, das konservative Potenzial zu bündeln, könnte es für die Demokraten schwierig werden, ihre derzeit große Mehrheit im Repräsentantenhaus zu verteidigen. Getrieben von der Konkurrenz im eigenen Lager formulieren republikanische Kandidat/innen vermehrt schärfere Forderungen. Für Präsident Obama stellt das ein Problem dar. In Washington braucht er bei vielen Vorhaben (z.B. bei der Verabschiedung internationaler Abkommen im Abrüstungs- und Klimabereich) überparteiliche Unterstützung, um seine Politik umzusetzen zu können. In der Demokratischen Partei wird daher diskutiert, sich offensiver mit der Bewegung auseinanderzusetzen. Den Republikanern zuzurufen, ihre fundamentale [Ablehnungshaltung sei nicht staatsmännisch](#), ist nicht ausreichend.

---

Robert Kluge, Technische Universität Dresden, ist von Februar bis April 2010 Praktikant im FES-Büro Washington.

Washington, DC / 25. März 2010